

# Abschiebeknast zu groß und zu teuer

Innenverwaltung sucht neuen Standort / Flüchtlingsrat fordert Abschaffung

Von Marina Mai

Berlin will sich von einem teuren Gitterbau trennen: Dem Abschiebeknast in Köpenick. Die Innenverwaltung prüft einen alternativen und kleineren Standort. Der Grund: Mit 15 Millionen Euro Kosten pro Jahr ist das vergitterte Gebäude zu teuer. Die Belegungszahlen gingen in den vergangenen Jahren stark zurück. 2009 war der Abschiebe-gewahrsam nur zu 37 Prozent ausgelastet. Auch in den beiden Jahren davor wurden weniger als die Hälfte der Plätze gebraucht.

Die Sprecherin von Innensenator Ehrhart Körting (SPD), Kristina Tschenett, bestätigt: »Es gibt angesichts der rückläufigen Zahlen

konzeptionelle Überlegungen zum Umgang mit dem Standort Köpenick. Dazu gehören auch Überlegungen zu einem möglichen Standortwechsel.« Bisher verlief die Suche allerdings ergebnislos. »Berlin ist aber auch mit Brandenburg und dem Bund im Gespräch über mögliche Kooperationen«, ergänzt Tschenett. Ob in Zukunft Brandenburger Abschiebehäftlinge nach Berlin oder Berliner in den Brandenburger Abschiebe-gewahrsam Eisenhüttenstadt kommen sollen, sei »noch nicht spruch-beziehungsweise entscheidungsreif«. Beide Abschiebeknäste liegen in landeseigenen Immobilien.

Die Zahl der Abschiebehäftlinge und Abschiebungen ging in den

letzten fünf Jahren kontinuierlich zurück, ausgenommen bei Menschen aus Vietnam. 2009 gab es 611 Abschiebungen. 2005 waren es mehr als doppelt so viele. Ursache dafür ist vor allem der 2007 erfolgte EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens. Deren Bürger genießen seitdem Freizügigkeit. Rumänien war zuvor ein Hauptzielland Berliner Abschiebungen.

Auch in das ehemalige Jugoslawien wird kaum noch abgeschoben. Die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge sind entweder außer Landes oder genießen Abschiebeschutz. Laut Innenverwaltung haben auch gesetzliche Bleiberechtsregelungen zu weniger Abschiebung und weniger Abschiebehaft